

OECD-Rentenexpertin

"Altersarmut macht uns Sorgen

OECD-Rentenexpertin Queisser rät Deutschland zum Umbau der finanziellen Absicherung.

Die Bundesregierung bezeichnet die Lage der Renten als solide. Teilen Sie diese Einschätzung?

Die Renten stehen finanziell auf einer soliden Basis, weil Deutschland anders als viele OECD-Länder durch einschneidende Reformen das System stabilisiert und an die längere Lebenserwartung angepasst hat. Weniger gut sieht es aus, was die Versorgung von geringverdienenden in der Zukunft betrifft.

An wen denken Sie da?

An Menschen, die in 30 oder 40 Jahren an Rente gehen werden. Das Versorgungsniveau der heutigen Rentner liegt im unteren Bereich dessen, was in der OECD üblich ist. Heute ist die Armutsquote der Rentner mit rund zwei Prozent in Deutschland weitaus niedriger als in den meisten anderen Ländern. Das wird aber nicht so bleiben, und darüber macht sich die OECD Sorgen.

Worum?

Es fehlt in Deutschland eine automatische Alterssicherung für Rentner oder die zunehmende Zahl von Menschen, die nicht 45 Jahre Rentenbeiträge bezahlt (aber, sondern vielleicht nur 25. Wenn im Alter nicht genug hat, bekommt Grundsicherung - das ist nichts anderes als Sozialhilfe.

Was ist dagegen zu tun?

Der Versuch, alle Menschen in abhängige Beschäftigung zu zwingen, wäre sinnlos. Das kann die Politik nicht beeinflussen. Man muss andere Wege finden.

Welche?

Eine Einheits- oder Grundrente - natürlich auf geringerem Niveau, die aufgestockt wird durch private und betriebliche Elemente.

Das wäre aber ein ziemlich radikaler Kurswechsel.

Diskussionen über solche grundlegende Veränderungen sind nicht einfach. In Deutschland wird bei diesen Debatten immer auf den Eigentumsschutz verwiesen. Damit wird begründet, dass sich Rentenzahlungen streng an den geleisteten Beiträgen orientieren müssen. Solange man sich an diesen Argumenten festklammert, wird man keine nachhaltige Lösung finden.

Sehen Sie Vorbilder, an denen man sich orientieren könnte?

Die Schweiz hat ein System, über das man durchaus nachdenken sollte: Es ruht auf drei Säulen, einer staatlichen, einer betrieblichen und einer privaten. Alle Bürger sind in die staatliche Absicherung einbezogen. Jeder zahlt nach seiner Leistungsfähigkeit, es gibt keine Beitragsbemessungsgrenze. Auch für Millionäre werden die Beiträge nicht gedeckelt. Es gibt in der ersten Säule eine Mindest- und eine Maximalrente, die aber nur das Doppelte des Minimums beträgt. Daneben besteht ab einem bestimmten Einkommen eine Pflicht zur betrieblichen sowie zur privaten Altersvorsorge.

Wie soll denn die Grundrente für alle finanziert werden?

Wenn man das Modell der Schweiz nähme, würde sich natürlich auch die Bemessungsgrundlage verbreitern. Ein Teil der Kosten könnte darüber erbracht werden, dass dann Rentenausgaben über einem bestimmten Niveau nicht mehr bezahlt werden müssten.

Würde das nicht bedeuten, dass Millionen Rentner weniger hätten als heute?

Die Gesamtabsicherung müsste nicht geringer ausfallen. Allerdings würde die gesetzliche Rente gegenüber privater und betrieblicher Vorsorge bei höheren Einkommen an Bedeutung verlieren.

Wie lange müsste ein Systemwechsel gestreckt werden?

Es müsste einen gleitenden Übergang geben. Sozialsysteme haben ein starkes Beharrungsvermögen.

Käme eine Spanne von 30 bis 40 Jahren als Übergang in Frage?

Ja, in etwa.

Interview: Michael Bergus

http://www.fr-online.de/in_und_ausland/wirtschaft/aktuell/?em_cnt=1274225

Frankfurter Rundschau 19.01.08